

Wenn wir wirklich Freunde von Israel wären...

Keine Frage: Die Bilder vom **Gemetzel der Hamas-Terroristen** unter israelischen Zivilisten haben jeden empathischen Menschen erschüttert. Nie seit dem Holocaust gab es unter der israelischen Zivilbevölkerung so viele Gewaltopfer in kurzer Zeit wie in jenen Stunden und Tagen. Welch ein Hass, der sich hier Bahn gebrochen, welche eine Grausamkeit, die Angst und Panik, Leid und Schrecken verbreitet hat.

Dass wir als Deutsche mit unserer Geschichte ein **besonderes Verhältnis zum jüdischen Staat** haben, ist klar und wird auch dauerhaft so bleiben. Dazu wurde das politische Wort geprägt, die Sicherheit Israels sei deutsche Staatsraison. Auf dieser Grundlage wurde nun auch vielfach und unisono die allumfassende Freundschaft und Solidarität mit Israel bekundet. Doch was heißt das konkret?

Was bedeutet Freundschaft unter Staaten und wie kann sich unsere Solidarität mit dem israelischen Volk ausdrücken? Die Bandbreite der Interpretationen ist enorm und manche politischen Solidaritätsbekundungen wirken im günstigsten Fall wenig reflektiert, andernfalls wie Lippenbekenntnisse – desinteressiert an einer Perspektive, die die Grundlage für ein friedliches Zusammenleben von Juden und Palästinensern schaffen könnte.

Freundschaft und **Solidarität mit Israel muss doch bedeuten**, dass man es gut meint mit dem jüdischen Staat und seinen Menschen. Dass man Anteil nimmt an ihrem Leid, dass man die Menschen unterstützen möchte, dass man den Staat stärkt auf einem Weg, der die Chance für eine friedliche Entwicklung in sich birgt – damit sich solche Gräueltaten niemals mehr wiederholen mögen. Freunde helfen einander, sind solidarisch, mitfühlend, sie sorgen sich um einander, sie sind Gesprächspartner.

Israel ist in einer schwierigen Lage. Der Schock über Ausmaß und Wirkung des Überfalls der Hamas-Terroristen sitzt tief. Viele Israelis haben das Vertrauen in die Fähigkeit ihres Staates verloren, sie zu schützen. Es erschüttert sie existenziell. Die persönliche Betroffenheit, die Verzweiflung über das Geschehene vermischt sich mit Wut auf diejenigen, die dieses Leid nicht verhindern konnten und natürlich auch mit Hass auf die Hamas und die hinter ihr stehenden Kräfte. Die israelische Regierung gebraucht martialische Worte und kündigt Rache, Vergeltung und Vernichtung der Hamas im Gaza-Streifen an. Der israelische Regierungschef kündigt einen langen und grausamen Krieg an und sagt wörtlich: „Was wir unseren Feinden in den kommenden Tagen antun werden, wird in ihnen für Generationen nachhallen.“

Nach dem Terrorangriff der Hamas **sind israelische Rachegefühle verständlich**. Doch ist dies auch die Stunde echter Freunde, die es gut meinen mit dem israelischen Staat und den Menschen in der Region. Drückt sich Freundschaft in dieser Situation wirklich in bedingungslosem Schulterklopfen aus?

Es gibt zwei Hauptaspekte, über die man dringend sprechen muss. Der eine ist banal – und dennoch fast verpönt, ihn zu benennen: Der Terrorangriff der Hamas kann **nicht losgelöst von der Perspektivlosigkeit im Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern** gesehen werden. Seit 75 Jahren sind die Menschen im Westjordanland und im Gaza-Streifen weitgehend rechtlos. Sie leben unter einer Besatzung, die über alles Wesentliche bestimmt. Sie haben keine staatsbürgerlichen Rechte. Sie leben unter weitgehend menschenunwürdigen Bedingungen. Die UNO hat den Gaza-Streifen 2020 offiziell als „unbewohnbar“ bezeichnet. Tatsächlich leben dort aber rund 2 Millionen Menschen auf engstem Raum ohne Bewegungsfreiheit. Der ungelöste Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern ist der Nährboden für die Hamas und deren Angriffe. Und die israelischen Regierungen haben in den letzten Jahrzehnten den Eindruck erweckt, als würden sie mit dem Status Quo gut leben können. Sie haben die „Zwei-Staaten-Lösung“ systematisch torpediert und auch keine anderen Konzepte vorgelegt, außer der weiträumigen Vertreibung aller Palästinenser. Ohne Bewegung im Grundkonflikt wird sich der Terror nicht besiegen lassen.

Für den anderen Aspekt braucht man sich eigentlich nur die Entwicklung der letzten anderthalb Jahrzehnte anzuschauen. 2006 verhängte Israel eine Luft-, See- und Landblockade des Gaza-Streifens, um die Hamas zu schwächen. Dennoch verübte die Hamas etwa alle zwei, drei Jahre Anschläge auf israelischem Staatsgebiet, vielfach mit Raketen. Mit gleicher Regelmäßigkeit schlug Israel im Gaza-Streifen zurück, meist mit Bomben und Raketen aus der Luft. Der Krieg 2014 gegen die Hamas endete mit rund 2.000 toten Palästinensern und 74 toten Israelis. **Eine Zerstörung der Hamas gelang jedoch nie.** Es wird auch aktuell angezweifelt, dass dies gelingen könnte, da die Hamas als soziale Bewegung mit Schulen, Kindergärten und Krankenhäusern tief in der palästinensischen Zivilgesellschaft verankert ist. Warum sollte ein Rezept, das seit der Machtübernahme der Hamas im Gaza-Streifen 2007 nie funktioniert hat, jetzt erfolgreich sein? Eine Folge der massiven Zerstörung mit den vielen zivilen Opfern auf Seiten der Palästinenser dürfte eher der Nährboden für neuen Hass gegen Israel sein. Das legt den Grundstein für neue terroristische Anschläge. Und Netanjahu muss dies bewusst sein, wenn er sagt „Was wir unseren Feinden in den kommenden Tagen antun werden, wird in ihnen für Generationen nachhallen“.

Wirkliche Freunde Israels können dem Land nicht wünschen, dass sich die Spirale von Gewalt und Gegengewalt immer weiter verstärkt. Wirkliche Freunde Israels sollten in den Blick nehmen, wie sich der Konflikt abkühlen ließe und die israelische Regierung **von der Notwendigkeit überzeugen, einen politischen Plan für die Zeit nach dem Krieg zu entwickeln.** Was will Israel mit dem Gaza-Streifen? Will Israel ihn unter die eigene Kontrolle stellen? Wo und unter welchen Bedingungen sollen die Palästinenser dort leben? Wie kann ihnen eine Perspektive gegeben werden? Wann sollen sie bürgerliche Rechte erhalten jenseits der Dauerbesatzung? Wenn Israel jetzt einen brutalen Vernichtungskrieg im Gaza-Streifen führt ohne eine Idee für den Tag danach zu haben, dann wird das Leben für die Menschen in Israel perspektivisch nicht sicherer – und eine friedliche Koexistenz immer unmöglicher.

Es ist menschlich verständlich und politisch richtig, wenn sich Deutschland nach den furchtbaren Angriffen der Hamas mit Israel und den zivilen Opfern sowie den von der Hamas verschleppten Geiseln solidarisch erklärt. Das darf hierzulande aber **nicht die Meinungsfreiheit einschränken.** Vor allem darf die politische Debatte nicht derart eingeeengt werden, dass jeder Hinweis auf die rechtlose Situation der Palästinenser unter der Besatzungsmacht als Rechtfertigung oder Relativierung des Terrors der Hamas diskreditiert wird. So ist es unverständlich, dass Behörden etliche Demonstrationen von Palästinensern verboten haben. Es ist wichtig, den zugrunde liegenden Konflikt in den Blick zu nehmen und gerade auch in der aktuellen Situation genau hinzuschauen, was mit den Menschen im Gaza-Streifen geschieht. Der Konflikt hat eine lange Geschichte, ist extrem komplex und wird sich nur langfristig überwinden lassen. Man kann ihn von den Anschlägen der Hamas nicht abkoppeln. Mit plumpem Schwarz-Weiß-Denken wird man das Grundproblem nicht lösen können.

Und **daran krankt die Debatte in Deutschland schon seit Jahren:** Jede Kritik an der Politik der israelischen Regierung gegenüber den Palästinensern und der Besatzung wird als Antisemitismus gebrandmarkt. Dieser Reflex macht einen ernsthaften Meinungs austausch unmöglich. Denkverbote entstehen und eine offene Debattenkultur wird zu diesem Themenkomplex verhindert. Tatsächlich wird durch diese Einengung der Antisemitismus, den es in Deutschland ja durchaus gibt, verstärkt.

Antisemitismus ist eine rassistische Haltung. Kritik an der israelischen Regierung ist eine politische Meinungsäußerung. Das sind zwei paar Schuhe. Natürlich kann man auch aus rassistischen Motiven politische Statements verfassen – aber die Unterstellung des Umkehrschlusses ist konstruiert und von etlichen Seiten aus auch politisch gewollt. Wirkliche Freunde aber, sprechen offen miteinander, sind empathisch und hilfsbereit. Blinde Gefolgschaft mit Sprechverboten sind keine Dokumente von Solidarität. Es stünde Deutschland gut zu Gesicht, die Freundschaft zu den Menschen in Israel auf eine neue, ehrliche Grundlage zu stellen.

Albert Herresthal am 15.10.2023